



Reden

15.05.2018

Thema: Antrag gem. § 106 BayLTGeschO der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion auf Änderung der Tagesordnung (Vertagung des Polizeiaufgabengesetzes)

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Wir, die FREIEN WÄHLER, werden die beiden Anträge der SPD-Fraktion und der GRÜNEN unterstützen. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass nachgesteuert wird und Zeit zum Nachdenken und Nachbessern gegeben wird. Landauf, landab ist sichtbar, dass das Gesetz, wie es nun verabschiedet werden soll, den Menschen Angst macht und die Gesellschaft letztlich spaltet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher befürworten wir eine Atempause. Allerdings hat sich die CSU-Fraktion selbst in Zugzwang gebracht, nachdem Sie das Gesetz mit den notwendigen Änderungen hinsichtlich der Datenschutz-Grundverordnung verbunden hat. Die Datenschutz-Grundverordnung tritt am 25. Mai in Kraft. Daher wäre eine Trennung tunlichst angeraten. Es wäre notwendig, wichtige und unschädliche Änderungen hinsichtlich des Datenschutzes zu beschließen und über strittige Themen noch einmal nachzudenken. Wenn der Ministerpräsident und die CSU-Fraktion selbst eine Kommission ins Leben rufen, dann sollten sie deren Ergebnisse erst einmal abwarten und keine vollendeten Tatsachen schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deshalb würde es dem Hohen Hause gut anstehen, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, wohlwissend, dass die CSU-Fraktion die Macht hat, das Gesetz heute durchzuboxen. Aber, meine Damen und Herren von der CSU, Sie müssen sich dessen gewahr sein: Macht ist nicht immer gleich Recht. Macht kann auch missbraucht werden. Seien Sie deshalb vorsichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)